

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XV
Teil Eins: Einleitung und Gang der Untersuchung	1
1. Kapitel: Eine „kurze“ Geschichte der Veranstaltergebühr	2
A. Ein föderaler Flickenteppich als Wettbewerbsrisiko	5
I. Kostenersatz für die Heranziehung auswärtiger Polizeikräfte	5
II. Gebühren für Absperr- und Sicherungsmaßnahmen und für polizeiliche Überwachung	7
III. Weitere Regelungsmodelle	9
IV. Ein Blick über den Tellerrand: Polizeikosten in Europa	11
V. Gemeinsamer Fußballsolidarfonds als Lösung?	12
B. Veranstaltergebühren zwischen Tagespolitik und Rechtstheorie	13
I. Rechtspolitische Vertretbarkeit der Kostenübertragung	14
1. Angespannte Haushaltslage	14
2. Staatlicher Aufwand vs. Wirtschaftskraft des Profifußballs	16
II. Staatstheoretische Vertretbarkeit der Kostenübertragung	18
C. Öffentliche Sicherheit als Staatszweck und Staatsaufgabe	21
2. Kapitel: Gegenstand und Gang der Untersuchung	24
A. Die Konzeption des veranstaltungsbezogenen Polizeieinsatzes	24
I. Sachlicher Einsatzumfang	26
II. Räumlicher Einsatzumfang	27
III. Zeitlicher Einsatzumfang	29
B. Die Konzeption des § 4 Abs. 4 BremGebBeitrG	31
I. Gebühren und Auslagen für die Bereitstellung von Polizeikräften ...	31
II. Verfahren vor den Verwaltungsgerichten	33
C. Der Gang der Untersuchung im Einzelnen	35

Teil Zwei: Die Veranstaltergebühr als zulässiges Finanzierungsmittel der Polizei	37
3. Kapitel: Finanzverfassung, Lastengleichheit und der Preis für Sicherheit	39
A. Das System der Finanzverfassung im Grundgesetz	40
I. Steuerstaat als Grundprinzip	41
II. Zulässigkeit und Grenzen nichtsteuerlicher Abgaben	43
B. Begriff und Zulässigkeit von Gebühren	46
I. Öffentliche Leistung als Bezugsobjekt	47
II. Individuelle Zurechnung zu Bezugssubjekt	48
1. Verschiedene Gebührenbegriffe	49
a. Der formelle Gebührenbegriff	49
b. Der materielle Gebührenbegriff	50
c. Streitentscheid	51
2. Mögliche Zurechnungssachverhalte	52
a. Veranlassungssachverhalte	53
b. Vorteilssachverhalte	57
C. Die besondere sachliche Rechtfertigung von Gebühren	59
I. Der Belastungsgrund als Scharnier zwischen Zurechnung und Rechtfertigung der Gebühr	60
II. Erkennbarkeit der gesetzgeberischen Entscheidung	61
III. Keine Unverträglichkeit mit staatlichen Kernaufgaben	62
1. Öffentliche Sicherheit als Gemeinlast	63
2. Öffentliche Sicherheit als ausnahmsweise private Finanzlast	65
a. Kein grundsätzlicher verfassungsrechtlicher Hinderungsgrund	66
b. Überwiegen des öffentlichen Interesses kein Hinderungsgrund	69
IV. Äquivalenzprinzip	73
V. Kostendeckungsprinzip	76
D. Gebührenrechtliche Kompetenz- und Verteilungsregeln	78
E. Zwischenergebnis	79
4. Kapitel: Die individuelle Finanzierungsverantwortung von (Fußball-)Großveranstaltern für Polizeieinsätze	81
A. Einsatz zusätzlicher Polizeikräfte als öffentliche Leistung	81

B. Die individuelle Zurechnung des Polizeieinsatzes	84
I. Veranstalter als gebührenrechtliche Veranlasser?	84
1. Zurechnung aufgrund von Polizeipflichtigkeit	85
a. Die Gefahrverursachung im Polizei- und Ordnungsrecht	85
b. Die Rechtsfigur des Zweckveranlassers	87
c. Die polizeirechtliche Verantwortlichkeit des Veranstalters	90
aa. Kein subjektives Interesse an Gewalthandlungen	90
bb. Gewalthandlungen keine objektiv typische Folge der Veranstaltung	91
d. Exkurs: Polizeirechtliche Kostenerstattung	95
aa. Erstattungsfähige Maßnahmen	97
(1) Ersatzvornahme	97
(2) Unmittelbarer Zwang	98
bb. Unvertretbarkeit des Polizeieinsatzes bei Großveranstaltungen	99
2. Zurechnung aufgrund sonstigen Fehlverhaltens	100
a. Vorhersehbarkeit des Polizeieinsatzes	101
b. Zumutbare Vermeidbarkeit des Polizeieinsatzes	102
II. Veranstalter als gebührenrechtliche Vorteilsnehmer?	103
1. Zurechnung aufgrund des Ersparens eigener Aufwendungen	105
2. Zurechnung aufgrund des Schutzes der Veranstaltungsprofitabilität	106
3. Veranstaltungsbezogene Finalität der Bereitstellung von Polizeikräften	109
a. Auf dem Veranstaltungsgelände	109
b. Im öffentlichen Raum	110
C. Zwischenergebnis	114
5. Kapitel: Die sachliche Rechtfertigung von Veranstaltergebühren	115
A. Vorteilsausgleich und Kostendeckung	116
B. Kein grobes Missverhältnis: Die „Über Kreuz-Rechtfertigung“	119
I. Beurteilungszeitpunkt für die Erforderlichkeit des Einsatzumfangs	120
II. Pauschalgebühr oder tatsächlicher Aufwand	123
III. Gerichtlicher Prüfungsumfang von Prognose- und Ermessensentscheidungen	124
IV. Nicht abrechnungsfähiger Aufwand	126

C.	Regelungskompetenz der Bundesländer	129
I.	Miteinander von Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz	130
II.	Strafverfolgung als Einschränkung der Regelungsbefugnis	133
D.	Zwischenergebnis	134
Teil Drei:	Einzelfragen der Ausgestaltung von Veranstaltergebühren	137
6. Kapitel:	Verfassungs- und europarechtliche Implikationen	137
A.	Veranstaltergebühr als Parlamentsgesetz	137
B.	Veranstaltergebühr als unzulässiges Einzelfallgesetz	141
C.	Bestimmtheit der Veranstaltergebühr	143
I.	Veranstaltungsbezogene Tatbestandsmerkmale: privat, privatnützig oder gewinnorientiert?	145
II.	Gewaltbezogene Tatbestandsmerkmale: Einsatzumfang und Gewaltmerkmale	147
III.	Räumliche und zeitliche Tatbestandsmerkmale	151
IV.	Gebührenbemessung	154
1.	Begriff der (Mehr-)Kosten	155
2.	Voraussehbarkeit des Einsatzumfangs	158
D.	Betroffenheit von Grundrechten	161
I.	Die Freiheit des Berufs gem. Art. 12 Abs. 1 GG	162
1.	Veranstaltergebühr als Berufsausübungsregelung	162
2.	Rechtfertigung des Eingriffs	164
II.	Die Eigentumsgarantie gem. Art. 14 Abs. 1 GG	167
III.	Die Kommunikationsgrundrechte	168
IV.	Der allgemeine Gleichheitssatz gem. Art. 3 Abs. 1 GG	170
1.	Differenzierung nach Ausmaß der Veranstaltung	170
2.	Differenzierung nach Art der Veranstaltung	171
3.	Differenzierung nach spontanen und erwarteten Gewalthandlungen	173
E.	Europarechtliche Einflüsse	173
I.	Kein Verstoß gegen europäisches Beihilfenrecht	173
1.	Materieller Bezugsrahmen	176
2.	Territorialer Bezugsrahmen	176
II.	Kein Verstoß gegen europarechtliche Grundfreiheiten	177
F.	Zwischenergebnis	179

7. Kapitel: Der Rechtsbegriff des (Sport-)Veranstalters	182
A. Die Organisationsstruktur des deutschen Profifußballs	183
B. Die Evolution des Veranstalterbegriffs	185
I. Zusammenwirken mehrerer Mitveranstalter	186
II. Formeller Veranstalterbegriff im öffentlichen Recht	187
C. Die gebührenrechtlichen Veranstalter von Fußballspielen	189
I. Der gebührenrechtliche Veranstalterbegriff	189
1. Definitionsansätze in der Literatur	189
2. Der Versuch einer dogmatischen Herleitung	190
II. Geteilte wirtschaftliche Verantwortung im Profifußball	193
1. Beiträge zum Zustandekommen des wirtschaftlichen Vorteils ...	193
2. Partizipation an wirtschaftlichem Vorteil	196
III. Mitveranstalter als Gesamtschuldner	198
D. Zwischenergebnis	200
Zusammenfassung und Fazit	203
A. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	204
B. Persönliches Fazit	215
Literaturverzeichnis	219